

Stellungnahme der Fraktionen der Tübinger Liste, der CDU und der FDP zur Haushaltssituation der Universitätsstadt Tübingen

Verdeckt durch eine vergleichsweise günstige Einnahmesituation, weist der Tübinger Haushalt seit Jahren deutliche Fehlentwicklungen auf. In Teilen haben wir in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen und einzelnen Haushaltsplänen auch nicht zugestimmt. Jetzt ist für alle offensichtlich, dass es so nicht weitergehen kann. Die Finanzsituation Tübingens bedarf einer Grundsanierung mit drastischen Sparmaßnahmen, um die stetige Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben sicherzustellen und der sparsamen Haushaltswirtschaft der Gemeindeordnung gerecht zu werden.

Wir sehen es als zentrale Aufgabe der Verwaltung, zuvorderst des Oberbürgermeisters und Finanzbürgermeisters, in einem ersten Schritt Vorschläge zu machen, die zu einem genehmigungsfähigen Haushaltsplan 2025 und zu einer nachhaltigen mittelfristigen Finanzplanung führen. Diesem Anspruch wird die Verwaltung bisher nicht gerecht. Der vorgelegte Haushaltsplan ist von vornherein Makulatur und kann die bestehenden Probleme nicht lösen. Die Konsolidierungsliste ist völlig unzureichend und lässt einen strategischen Ansatz vermissen. Dies ist aus unserer Sicht nicht verantwortbar.

Der Oberbürgermeister geht derzeit davon aus, dass mit der aktuellen Änderungsliste und dem Beschluss des Kreishaushalts der Tübinger Haushaltsentwurf noch ein ordentliches Defizit von rd. 30 Mio. Euro ausweist. Er nimmt an, dass das Regierungspräsidium ein Defizit in Höhe von etwa 15 Mio. Euro – dem Abschreibungsvolumen entsprechend - akzeptieren wird. Das heißt, für 2025 muss noch eine Lücke in Höhe von 15 Mio. Euro geschlossen werden.

Wir fordern den Oberbürgermeister auf, rechtzeitig vor der Sitzung des Verwaltungsausschusses zur Haushaltskonsolidierung am 13.01.2025 einen Vorschlag vorzulegen, der das Defizit im Haushaltsplan um diese 15 Mio. Euro weiter reduziert und die Perspektive auf eine gemäß den Grundsätzen der Gemeindeordnung vertretbare mittelfristige Finanzplanung eröffnet. Angesichts der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage und der Belastungen der Tübinger Bürgerinnen und Bürger sind ausgewogene Ausgabenkürzungen bei den zahlreichen freiwilligen Aufgaben, die die Stadt Tübingen über die reinen Pflichtaufgaben hinaus erfüllt, das Gebot der Stunde, Abgabenerhöhungen dagegen können nur Ultima Ratio sein.

Dessen unbenommen, haben die Fraktionen von Tübinger Liste, CDU und FDP die Konsolidierungsliste mit weitgehenden Kürzungen sowie eigenen Vorschlägen und Kommentaren an die Stadt übersandt.

Tübingen, den 05.01.2025

Für die Fraktionen der Tübinger Liste, der CDU und der FDP

Thomas Unger

Julia Mayer

Anne Kreim